

Veranschauligungen und Anzeigenpreise
find in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Cindensstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 282-295
Tel.-Nro. 1111; Fern-Nro. 2505-2507

Vorwärts

5 Pfennig

Donnerstag
18. Juni 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung
Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH
Berlin S.M. 68, Cindensstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 2505-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Politische Jahrtausendfeier.

Kanzlerrede über die Sicherheitsfrage. — Braun für die Freiheit der Rheinlande.

Düsseldorf, 18. Juni.

Heute begann in Düsseldorf im Anschluß an die Tagung des Rheinischen Provinziallandtages die Jahrtausendfeier des Rheinlands zum Andenken an die 1000jährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich.

Nach Verehrung einer Begrüßungsbotschaft des Reichspräsidenten erging

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Er führte u. a. aus:

Der Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten, meine Damen und Herren, schließe ich die aufrichtigsten Wünsche der gesamten Reichsregierung zur Jahrtausendfeier der Rheinlande an. Die Rückschau auf die tausendjährige rheinische Geschichte, deren Ablauf heute festlich begangen wird, zeigt einen bewundernswerten Aufstieg in allen schöpferischen Leistungen von Kultur und Wissenschaft. Die Leistungen des Rheinlandes sind um so bewundernswerter, als immer wieder in diesen tausend Jahren der Entwicklung der natürlichen Lebenskräfte die rheinische Bevölkerung mit schwerer politischer Not zu ringen gehabt hat.

Auch jetzt lastet auf dem Rheinland die ganze Schwere fremder Befehlshaber. Die Politik der Reichsregierung demgegenüber ist durch die Natur der Dinge klar vorgezeichnet. Sie zielt darauf hin, dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln. Für die rheinischen Gebiete, die außerhalb des Versailles Vertrags besetzt wurden, ist in der Londoner Konferenz eine klare und endgültige Regelung zustande gekommen. Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Belgien haben durch Brief vom 16. August 1924 an den deutschen Reichskanzler erklärt:

„Wenn die in London zur Durchführung des Sachverständigenplanes frei vereinbarten Abmachungen in dem Geiste der Loyalität und der Friedfertigkeit ausgeführt werden, der die Verhandlungen der Konferenz befehl hat, so wird innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom Tage der Absendung des Briefes an gerechnet, die militärische Räumung des Ruhrgebietes vorgenommen werden.“

Daneben ist mit beiden Ministerpräsidenten bindend festgelegt worden, daß auch die Städte Düsseldorf und Duisburg, also das gesamte sogenannte Sanktionsgebiet mit der abschließenden Räumung des Ruhrgebietes ebenfalls geräumt werden. Da nun weiter in der Anlage 2 der sogenannten Entwaffnungsnote die Erklärung der Reparationsnote mitgeteilt ist, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Londoner Pakt ordnungsmäßig erfüllt hat, so kann keinerlei Zweifel bestehen

daß wenigstens das seit dem 11. Januar 1923 besetzte Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf und Duisburg spätestens am 16. August d. J. geräumt werden.

Angaben von gleicher Bestimmtheit über die nördliche Rheinlandzone lassen sich leider auch heute noch nicht machen. Der Standpunkt der Reichsregierung, daß diese Zone gemäß den Vorschriften des Vertrages von Versailles am 10. Januar 1925 hätte geräumt werden müssen, ist und bleibt unverändert. Die von mir schon erwähnte Note, die nach vielen Erinnerungen endlich am 4. Juni eintraf, beweist, daß die Entwaffnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

Eine auch nur einigermaßen der Billigkeit entsprechende Begründung für die schwere Maßnahme der Nichträumung der besetzten Rheinlandzone kann in geringfügigen Rückständen wirklich nicht gefunden werden. Selbstverständlich werden gleichwohl alle Rückstände der Ausführung, die sich als solche erweisen, auf das schnellste nachgeholt werden. Allerdings muß ausgesprochen werden, daß Forderungen, deren Begründung rechtlich nicht gegeben ist, nicht anerkannt werden können.

In dieser Richtung muß die Reichsregierung versuchen, sobald die Prüfung der Note abgeschlossen ist,

ohne jeden Verzug mit den alliierten Regierungen in Verbindung zu treten.

Die von der französischen Regierung der deutschen Regierung überreichte Note über die Frage des Sicherheitspakt wird nach einer Vereinbarung mit den alliierten Regierungen erst morgen früh veröffentlicht werden.

Die deutsche Regierung wird die Note mit dem ganzen Ernst, der hierfür erforderlich ist, prüfen. Angesichts unseres bisherigen Vorgehens in der Sicherheitsfrage brauche ich nicht besonders betonen, daß in gleicher Weise, wie sich die französische Regierung in den Schlussworten der Note ausdrückt, die deutsche Regierung es begrüßen würde, wenn Verhandlungen in Gang kommen würden, deren Ziel der Abschluß von Vereinbarungen ist, die eine wirksame Friedensgewähr darstellen.

Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß das neue System einer allgemeinen Abrüstung aber nicht durchgeführt ist. Der bestehende Zustand wird von der Unklarheit beherrscht, daß das neue System nur von Deutschland und einigen anderen Staaten in Anwendung gebracht ist, dagegen das alte System einer Aufrechterhaltung der vorherigen Wehrfähigkeit bei den anderen Staaten weiter besteht. Solange das große Programm der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst ist, wird ein vollendetes, die gesamte Welt umfassendes Friedenssystem nicht möglich sein.

Deutschland wird immer das Seine tun, um auf dem Wege direkter Vereinbarungen einen Zustand in ganz Europa herzustellen, bei dem ein Zusammenleben der europäischen Völker nach den Grundsätzen der Vernunft und Gleichberechtigung gewährleistet ist. Gelingt eine solche allgemeine Leistung, so möge sie ein glückverheißendes Vorzeichen für das nächste Jahrtausend deutscher Geschichte auf rheinischem Boden sein.

Nach dem Reichskanzler erging

Ministerpräsident Otto Braun

namens der preussischen Staatsregierung das Wort:

Als Leiter der preussischen Staatsgeschäfte rufe ich heute dem rheinischen Volk zu seiner in diesen Tagen strömenden, strömenden Jahrtausendfeier aus tiefstem Herzen freudige Grüße und warmste Wünsche zu. Dabei betrachte ich es als eine willkommenen

Ehrenpflicht zu betonen, wofür der preussische Staat und das preussische Volk der rheinischen Bevölkerung vornehmlich zu danken hat.

Das rheinische Volk kann auf eine stolze Geschichte zurückblicken. Dieses Volk war immer ein freibeitliches Volk!

Es war immer ein Volk von offener Gesinnung und starker Begeisterungsfähigkeit. Als sich im Jahre 1915 der Tag der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen zum hundertsten Male jährte, da erschien in Köln eine bedeutende Denkschrift Julius Bachens, jenes klugen Mannes, der sich großen Ansehens weit über seine rheinische Heimat hinaus erkaufte. In dieser Denkschrift wurde ausgeführt, daß das alte Preußen zu Beginn des vorigen Jahrhunderts durch die übermenschlichen Anstrengungen der Befreiungskriege erschöpft war, infolgedessen die politischen und sozialen Gedanken der damaligen Jahrhundertwende preisgab und das Heil des Staates im Altvergangenem suchte, während hier am Rhein für eine solche rückläufige Bewegung die Voraussetzungen fehlten und hier nicht jenes Ermatten der fortschrittlichen Kräfte eintreten konnte, wie östlich der Elbe nach dem Jahre 1818.

Hier im Westen war es ja auch, wo die Kindermiege vieler führender deutscher Männer gestanden hat, die von unerschütterlichem sozialen und fortschrittlichen Geist befeuert waren. Nur weniger will ich gedenken. Ich nenne Joseph von Görres und Eugen Richter, Karl Marx und August Bebel, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Franz Brandts, Adolf Kolping und Karl Trimborn. Alle diese Namen bedeuten Programme des fortschrittlichen Gedankens und der sozialen Tat. Sie bedeuten Programme, deren Auswirkung auf die Entwicklung unseres Volkes Laßache wurde.

Seit dem Jahre 1918 ist das politische Schwergewicht in Preußen von dem weniger volkreichen Osten mehr nach dem dichtbevölkerten Westen verlagert worden. Das war eine automatische Auswirkung der freiheitlichen Verfassung des neuen Preußen.

Daher hat das Rheinland ein doppeltes Anrecht, seinen Einfluß im politischen Leben Preußens maßgeblich geltend zu machen. Und es ist doch auch unverkennbar, daß bei der Umformung Preußens zu dem Volksstaat, in dem wir heute leben, die Einwirkung des rheinischen Volkes oftmals entscheidend wirksam wurde.

Auch in der Befehlshaber der leitenden Stellen der Staatsverwaltung der Rheinprovinz ist in den letzten Jahren ein wesentlicher Wechsel eingetreten. Die ganz überwiegende Mehrheit der leitenden politischen Beamten dieser Provinz sind heute Rheinländer! Das entspricht einer alten Forderung des rheinischen Volkes! Darüber hinaus hat die preussische Staatsregierung auch in die Ministerien an wichtigen Posten, denen die Bearbeitung der Angelegenheiten des Westens obliegt, Beamte berufen, die selbst dem Rheinland entstammen.

Diese Grundzüge bedeuten eine bewußte Befehlshaber der völligen Entfaltung der allen kulturellen Kräfte des Rheinlands. In diesen Grundzügen soll selbstverständlich auch in Zukunft festgehalten werden!

Das Rheinland mit seinen reichen Schätzen des Bodens und der Natur war es auch, das auf dem Feld der Wirtschaft allen anderen Teilen des Vaterlandes voran einen bewundernswerten Eifer entfaltete. Rheinische Latrat und rheinische Gewerbesleiß werden unserem preussischen Volk immer ein leuchtendes Vorbild sein. Vorbild soll uns nicht nur sein die frische und wagemutige Initiative des rheinischen Unternehmertums, sondern vor allem auch die emsige Tätigkeit der Arbeiterschaft.

Von Herzen kommenden Dank statt ich bei dieser Gelegenheit der Bergarbeiterschaft

des rheinisch-westfälischen Industriebeckens ab. Jenen Menschen, die in gefährlicher Arbeit die schwarze Kohle aus dem unsicheren Innern der Erde zu Tage holen. Sie sind es, die für fast alle anderen Industriezweige die notwendige Nahrung herbeischaffen. Hart und unerböt oft ist die Bergknappenschaft dieses Gebietes im letzten Jahre durch furchtbare Katastrophen heimgesucht worden. Ein Waffengrab folgte dem anderen! Der jähe Tod dieser Männer erfüllt uns alle mit tiefer Trauer. Die preussische Staatsregierung erklärt erneut ihre freudige und unbedingte Bereitschaft, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um die Betriebsgefahren in den Gruben zu verringern und Unfälle künftig möglichst zu vermindern.

Wir verdanken dem Rheinland aber auch eine unvergleichliche Kultur und eine starke Befehlshaber unseres geistigen Lebens. Überall auf rheinischem Boden werden wir an die Bedeutung der Rheinlande für die Kultur und das Geistesleben unseres Volkes erinnert. Wichtig reden noch heute von der römischen Zeit die Baudenkmäler in Trier. Von Kanten bis Worms erzählt der Rhein von der deutschen Heldengestalt der Völkerverwanderungszeit, dem Liebling der deutschen Sage. Von der Karolingischen Renaissance legt Aachen beredetes Zeugnis ab. Von der mittelalterlichen Blüte im wissenschaftlichen, künstlerischen und religiösen Leben gibt Köln stolze Kunde.

Die erhabene Gotik der Kölner Domkirche ist auch für jeden Nichtrheinländer ein Volksheiligtum! Dieses Heiligtum verkörpert hier im Westen im gleichen Sinne ein auftragendes Symbol für deutsche Einheit und nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, wie drüben im Osten unseres Landes die mächtige Marienburg. Von den Zeiten des Wiederaufstiegs nach Jahrhunderten trüben Niederganges zeugen die

großzügige Entfaltung kommunaler Selbstverwaltung und die Pflege der Wissenschaften an den vielen hochwertigen Bildungseinrichtungen öffentlichen und privaten Charakters.

Gerade der Zusammenhang des Westens mit dem Osten hat Preußen stärker, als es oft erkannt wird, befruchtet. So kann Preußen seiner besonderen geschichtlichen Aufgabe, den Einheitsgedanken der Deutschen zu fördern, in schönster Weise gerecht werden.

Den Dank des preussischen Staates an die Rheinlande fasse ich zusammen in den Ruf, in dem ich mich mit dem gesamten preussischen Volk diesseits und jenseits des Rheins einig weiß: Möge das rheinische Volk bald wieder ein völlig freies Volk sein!

Spaniens Direktorium.

Mitteilungen des spanischen Gewerkschaftssekretärs.

Genf, 17. Juni. (Eig. Bericht.)

Der Korrespondent des „Vorwärts“ in Genf hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem Genossen Caballero, Sekretär des spanischen Gewerkschaftsbundes, der in Genf an der Internationalen Arbeitskonferenz teilnahm. Genosse Caballero hatte die Freundlichkeit, die ihm gestellten Fragen in folgender Weise zu beantworten:

Die augenblickliche Lage des Direktoriums im Innern Spaniens ist schwierig, denn mit Ausnahme einer bürgerlichen Partei, der sogenannten politischen Union, die als Gegenspieler des Direktoriums zu betrachten ist, lehnt jedermann in Spanien das augenblickliche Regime ab. Selbst unter dem Militär ist die Meinungsverschiedenheit offensichtlich, aber sie tritt infolge eines falsch verstandenen Standesbewußtseins noch nicht nach außen in Erscheinung. Das Direktorium hält sich an der Macht, weil in Spanien stark organisierte politische Parteien nicht bestehen — außer der Sozialistischen Partei und dem Gewerkschaftsbund. Diese sind aber noch nicht imstande, die Verantwortlichkeit einer Uebernahme der Regierungsgewalt zu tragen. Indessen kann man auch auf das Direktorium das spanische Sprichwort anwenden: „Wer mit dem Schwert tötet, wird auch durch das Schwert sterben.“ Das bedeutet, daß die augenblicklichen Gewalthaber, die am 13. September 1923 mit einem Staatsstreich triumphierten, durch einen anderen Staatsstreich erledigt werden können.

Wenn Neuwahlen stattfinden, kann man nicht genau sagen, denn der Präsident des Direktoriums hat wiederholt erklärt, daß er es mit Neuwahlen nicht sehr eilig habe.

In der Marokkofrage, die ebenso bedeutend vom nationalen wie vom internationalen Standpunkt ist, werden die Sozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund endlich die Erfolge ihres Kampfes gegen den marokkanischen Feldzug erleben. Fast das ganze Land, und darunter auch sehr viele Militärs, wünschen heute, daß man Marokko völlig aufgibt. Man betrachtet diese Angelegenheit wie einen Krebs, den man ausschneiden muß; denn er zehrt in unerträglicher Weise an den Lebenskräften des Landes. Das Direktorium weiß das sehr gut. Wenn es nicht das ganze Unternehmen völlig aufgibt, so wird es doch sein möglichstes tun, um es auf ein Minimum zurückzuführen. Es ist bereits im Begriff, die Stadt Tetuan aufzugeben, und es scheint, daß man das gleiche für Melilla beabsichtigt. Aber der Rückzug auf Tetuan hat derartige Opfer gekostet, daß das Direktorium zögert, sich in ein neues derartiges Unternehmen einzulassen. Man berichtet jetzt, daß das Direktorium an ein neues Unternehmen gegen Alhucemas denkt. Die öffentliche Meinung, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, ist darüber sehr beunruhigt, denn sie erinnert sich noch sehr gut an die Ereignisse von 1921 anlässlich der blutigen Niederlage von Anual, die das spanische Heer über 50 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen gekostet hat. Auf jeden Fall, welche Lösung man auch immer suchen wird, es gibt nur eine, die dem Lande Befriedigung verschafft: die völlige Preisgabe Marokkos.

Die Stellungnahme von Partei und Gewerkschaft gegenüber dem Direktorium ist klar und unmissverständlich. Wir führen eine legale Opposition. Das Direktorium hat das Parlament und die verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben. Es erklärte den Kriegszustand und führte die Pressezensur ein. Diese Maßregeln haben jedoch die Entwicklung unserer Organisation nicht hindern können. Zwar hatte die Waiseier 1924 und 1925 keinen besonderen Ausdruck, da jede offizielle Kundgebung verboten war. Aber trotz dieser Maßnahme haben die gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen in allen großen Städten, besonders in Madrid, am 1. Mai gefeiert. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften und der Partei hat bedeutend zugenommen, und ich darf wohl sagen, daß heute die öffentliche Meinung für die Arbeiterklasse größere Sympathie hat als vorher. Heute sind viele Leute in Spanien außerhalb des sozialistischen Lagers der Ansicht, es gebe zur Lösung der schwierigen Probleme für unser Land keine andere Möglichkeit als die Bildung einer Regierung, an der Sozialisten und Vertreter der Gewerkschaften in hervorragendem Maße beteiligt sind. Man kann ohne Uebertriebung sagen, daß heute für viele Spanier die Arbeiterorganisationen die einzige Hoffnung darstellen für den Augenblick, wo das jetzige Regime verschwinden wird.

Spaniens wirtschaftliche Lage ist ziemlich ernst, die Arbeitslosigkeit stellenweise groß. In verschiedenen Industrien, z. B. in der Bauindustrie, umfaßt die Arbeitslosigkeit 60 Prozent. Dieses Verhältnis ist in der Landwirtschaft noch größer, denn die Auswanderung der Bauern nach den großen Städten ist erschreckend groß. Natürlich trägt sie dazu bei, die Arbeitslosigkeit in der Industrie noch zu vermehren. Die Kosten für die Lebenshaltung sind sehr hoch, besonders die notwendigen Bedarfsartikel haben in der letzten Zeit eine große Preissteigerung erfahren. Ebenso sind die Wohnungen sehr teuer. Die allgemeine Wirtschaftslage verbessert sich nicht, da die Militärdiktatur zu viel Geld verbraucht. Seit der Machtergreifung durch das Direktorium ist das Defizit auf etwa 1 Milliarde Pesetas angestiegen. Man glaubt, durch die Ausgabe neuer Schatzscheine ein Hilfsmittel gefunden zu haben. Aber auch dieses Mittel wird die Situation nur verschlimmern, denn die Wertverminderung des Pesetas führt zur Abwanderung des Kapitals.

In Katalonien kann man nicht gut von einer eigentlichen Separatisten-Bewegung sprechen. Es gibt zwar eine Partei, die sich so nennt und viel von sich reden macht, die aber nicht über ernsthaftes Nachtmittel verfügt. Wahr ist, daß in Katalonien ein lebhafter Wunsch nach wirtschaftlicher Dezentralisierung besteht, der sich aus den Fehlern erklärt, welche die Zentralregierung begangen hat. Man muß auch hinzufügen, daß das katalonische Temperament manchmal den Eindruck erwecken kann, als ob die Gesamtbewörterung sich mit dem Separatismus einig erklärt hätte, obwohl das in Wirklichkeit nicht der Fall ist. Aber alle wissen, wieviel es bedeuten würde, wenn es endlich eine andere mit Takt und Ehrlichkeit geführte Regierung geben würde. Eine solche Regierung würde alle die Männer vereinen, die heute in Spanien vergeblich nach Gerechtigkeit suchen und für unser unglückliches Land, das unter der militärischen Knechtschaft leidet, den sozialen Fortschritt und die Freiheit erstreben.

Agrarische Zweifel.

Die Ängste der Brotwucherer.

Es beschleichen die Brotwucherer bange Zweifel, ob es möglich sein wird, die Getreidezölle bis zum Beginn der Reichstagsferien unter Dach und Fach zu bringen. Die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats und der preussischen Regierung haben ihnen die Stärke des zu erwartenden Widerstands gezeigt. Sie erkennen nun, daß es nicht nur einen „zeitlich genau festgelegten Plan“ der Zollregierung zur Durchpfeilung der Zollvorlage gibt, sondern auch eine Opposition. Die „Deutsche Tageszeitung“ stößt deshalb schon Raffandruse aus:

„Gegen Ende des Monats wird die Vorlage bestenfalls vom Reichsrat dem Reichstage zugehen. Da am 18. Juli das Parlament bereits seine Porten schließen will, vorher aber eine Reihe von Tagen zur Beratung im Plenum unbedingt notwendig sind, so stehen den Ausschüssen günstigenfalls etwa 14 Tage zur Durchberatung der einzelnen Positionen zur Verfügung. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Zollvorlage über 700 Positionen enthält, so kann man sich ungefähr vorstellen, welches Maß von intensiver Arbeit selbst für ein in allen seinen Teilen gutwilliges Gremium dazu gehört, um in der angegebenen Frist die Arbeit vollenden zu können. Dazu kommt, daß für die Besprechung der Zollvorlage im Plenum ausgerechnet die letzten Tage der Session ausersehen sind, die regelmäßig unter einer mangelnden Anteilnahme der Fraktionen zu leiden pflegen. Hiernach kann man sich ungefähr ein Bild machen, welche Möglichkeiten sich für eine Partei wie die Sozialdemokratie, die entschlossen ist, schärfste Obstruktion zu üben, bieten, um eine Verschleppung der Vorlage bis nach den Reichstagsferien, also eigentlich ad calendae graecas herbeizuführen. Bei ihrer perfiden Taktik ipsefaktieren dabei die Genossen auf Absplittierungsbestrebungen, die nun einmal innerhalb der bürgerlichen Parteien vorhanden sind und die unter Umständen der sozialdemokratischen Taktik zum Siege verhelfen können. Die Gefahr einer Verschleppung der Regierungsvorlage ist tatsächlich riesengroß, und einmal eine günstige Gelegenheit verschlafen, heißt die brennendste aller Fragen für Jahre hinaus zu erledigen.“

„Ach, nun wird mir bang und bänger — so hört man das Organ der Agrarier rufen. Es geht aber mehr, als es dürfte. Es geht, daß es die Konjunktur für die Brotwucherer nur bis zu den Sommerferien für günstig hält, daß die Deutschnationalen die Zölle bis zu den Sommerferien durchpeilschen wollen, um sich dann aus der Verantwortung zu drücken.“

Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung in der Schweiz ist vom Nationalrat mit 152 gegen 21 Stimmen angenommen worden. Ehe sie aber Gesetz wird, muß das Volk noch einmal darüber abstimmen.

Mehr alte Menschen.

Von Dr. med. Alfred Korach.

Der Aufbau der Bevölkerung im Deutschen Reich hat sich seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts grundlegend geändert. Die Säuglingssterblichkeit befand sich in ständigem Abnehmen, die Geburtenzahl stieg bis zum Beginn des Krieges. Dann entstanden während der Kriegsjahre durch die Kriegsverluste die furchtbaren Lücken in den mittleren Jahrgängen. Der Geburtenrückgang während des Krieges und in den Nachkriegsjahren erreichte einen besorgniserregenden Tiefstand, der auch heute noch keineswegs überwunden ist. So mußten in der Altersgliederung des deutschen Volkes sehr erhebliche Verschiebungen entstehen, auf deren Bedeutung in einer sehr lehrreichen Arbeit Dr. Franz Goldmann vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin in der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ hinweist.

Je länger die Geburtenziffer niedrig bleibt und in je größerem Maße die noch im vorigen Jahrhundert geborenen Personen in den nächsten Jahrzehnten in das höhere Alter vorrücken, desto stärker muß sich die Häufung alter Leute und damit auch die Häufung erwerbsbeschränkter und erwerbsunfähiger Menschen in der Bevölkerung auswirken. Der Anteil der Uebersechzigjährigen an der Gesamtbevölkerung des Reichs in der Zeitspanne von 1871—1910 betrug 7,8 Proz., 1919 bereits 8,5 Proz.; im Jahre 1930 wird er 10,7 Proz. ausmachen und bis zum Jahre 1940 auf mindestens 13 Proz. wachsen. Man muß sich darüber klar sein: durch den außerordentlich hohen Prozentfuß erwerbsbeschränkter und erwerbsunfähiger Menschen werden der Allgemeinheit bedeutende Lasten auferlegt werden müssen. Es ist daher auch an der Zeit, dem Problem der Organisation der Altersfürsorge ganz besondere Beachtung zu schenken. Zahlreich sind freilich die Menschen, die besonders klug sein wollen und da sagen: „Die zur Verfügung stehenden Geldmittel sind beschränkt; in erster Linie müssen für das heranwachsende Geschlecht gesorgt werden; der alten Leute kann man sich in der heutigen Zeit nur in ganz geringem Umfange annehmen.“ Solche Forderungen, die sich vielfach als große Defonomen vorfinden, sollten sich mit den Grundgedanken der sozialen Ethik bekannt machen, dann würden sie nicht einen solchen Unfuss reden. Es ist Pflicht eines jeden Kulturvolkes, für seine alternden Menschen zu sorgen, und es ist ein dringendes Gebot der öffentlichen Wohlfahrtspflege, gerade im Hinblick auf die sich verändernde Altersgliederung des Volkes, die Altersfürsorge zu verstärken und zu verbessern.

Es liegt aber auch im ureigenen volkswirtschaftlichen Interesse, Altersfürsorge zu treiben, weil sonst nur allzu leicht auf bestimmten Gebieten vermeidbare Kostenlasten erwachsen, die auf die mangelhafte fürsorgliche Erlosung der altergebrechlichen Personen zurückzuführen sind. Da seien in erster Linie die Krankenhauskosten erwähnt, die durch die Aufnahme alter Menschen entstehen, die an sich ebenso gut auch in einem Hospital oder bei genügender geldlicher Unterstützung in eine Privatpflegestelle bei Verwandten oder in ihrem eigenen Haushalt ihre Unterbringung finden können. Im Jahre 1923 war jeder sechste Mensch, der in dem Berliner Krankenhaus am Friedrichshain ein-

Schluß mit dem Flaggenstreit!

Es bleibt bei Schwarz-Rot-Gold!

Jahrelang hat sich die Rechte bemüht, der deutschen Republik die schwarzweiße Flagge aufzudrängen. Jetzt erubiert der deutschnationale Abg. Everling in der „Deutschen Zeitung“, daß das falsch war, denn Schwarz-Weiß-Rot ist ja die Flagge der herrlichen Monarchie und darum für diese elende Republik viel zu schade. Für die ist Schwarz-Rot-Gold gerade gut genug!

Die „Deutsche Zeitung“ selbst nähert sich diesem Gedankengang, indem sie salomonisch bemerkt, daß sich „eben manches für, aber auch sehr viel gegen die Einführung von Schwarz-Weiß-Rot als Flagge der Republik sagen läßt“.

Damit ist endlich die Grundlage gefunden, von der aus sich der Flaggenstreit ein für allemal aus der Welt schaffen läßt. Wir beellen uns, sie freudig zu beitreten. Wir erkennen Schwarz-Weiß-Rot an als Fahne der Feindschaft gegen die Republik, als die Fahne der Monarchie, die Herr Everling und die Seinen herbeizuführen bemüht sind. So lange aber Herr Everling das Recht hat, in einer Republik leben zu müssen, bleibt Schwarz-Rot-Gold die Flagge der deutschen Nation.

Der ganze Lärm war überflüssig. Also jetzt: Schluß damit!

Hugenberg-Methoden.

Zuerst verdächtigen — dann Verächtigung unterschlagen.

Der „Total-Anzeiger“ hatte am 16. d. M. in einem Drahtbericht aus Köln behauptet, daß Kommerzienrat Ranasse für Barmat belastende Äußerungen gemacht habe. Daraufhin hat Herr Ranasse noch am 16. d. M. der Redaktion des „Total-Anzeiger“ folgendes Schreiben zustellen lassen:

„In einem auszugswissen Bericht über den von mir auf der Kölner Tagung des Verbandes Deutscher Treuhänder und Revisionsgesellschaften e. V. gehaltenen Vortrag berichten Sie, daß ich erklärt habe, daß das Vermögen der Familie Barmat längst ins Ausland geschafft sei. Da diese Äußerung, wenn sie unumwunden bleibt, weitere Aufnahme finden kann, teile ich Ihnen mit, daß ich eine derartige Bemerkung nicht gemacht habe und stelle Ihnen anheim, diese Erklärung in der Ihnen geeignet erscheinenden Form zu veröffentlichen.“

Der „Total-Anzeiger“ hat aber bisher vorgezogen, diese Erklärung seinen Lesern vorzuenthalten.

Stekloffs Ende.

Der Chefredakteur der „Zvezditsja“ aus der KPR ausgeschlossen.

In der kommunistischen Partei Rußlands gibt es wieder einmal einen neuen Skandal. Stekloff, der langjährige Chefredakteur und Leitartikel der „Zvezditsja“, ist vom Moskauer Komitee aus der Partei ausgeschlossen worden. Seine Berufung an das Zentralkomitee wurde abgelehnt. Als Grund dieses aufsehenerregenden Ausschusses wird der nicht einwandfreie Lebenswandel Stekloffs angegeben, dessen Verhalten in Geldangelegenheiten schließlich skandalös wurde, daß er beim besten Willen von den Oberbunzen des Zentralkomitees nicht mehr gestützt werden konnte. Stekloff gehört zu den ältesten Bolschewisten und zu dem engeren Kreise der alten Garde.

Die Vermögenszuwachssteuer beseitigt.

Die Steuerfreiheit der Gewerkschaften erhalten.

Der Steuerauschuß des Reichstags beendete am Mittwoch die Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Ein Antrag der Regierungsparteien will das Vermögen der öffentlichen Unternehmungen, insbesondere der der Gemeinden, die nicht der Verfolgung dienen, in stärkerem Maße besteuern als die Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Herß (Soz.) wendet sich gegen diesen Antrag. Die öffentlichen Betriebe kommen der Allgemeinheit zugute und dürfen nicht durch die Vermögenssteuer belastet werden. Der Antrag der Regierungsparteien ist ein Ausnahmengesetz gegen fortschrittliche Gemeinden. Legt man den Gemeinden neue Lasten auf, so muß

man beim Finanzausgleich für die Deckung sorgen. Völlig unverständlich ist die Absicht der Regierungsparteien, den Vermögenszuwachs der Gemeinden zu besteuern, den der Privaten aber freizulassen. Die Annahme des Antrags wird dem Siedlungs- und Wohnungsweisen große Schwierigkeiten bereiten. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) tritt für den Antrag ein, da den öffentlichen Unternehmungen keine Vorzugsstellung eingeräumt werden dürfe. Abg. Dr. Busch (Z.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag der Regierungsparteien. Auf Anregung des Staatssekretärs Dr. Popitz wird die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe einem Unterausschuß überwiesen, um einem event. Einspruch des Reichsrats vorzubeugen.

Zum Tariff begründete Abg. Ströbel den sozialdemokratischen Antrag auf Staffelung der Vermögenssteuer bis zu 1 Prozent. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums, die Staffelung bis auf 0,75 Proz. zu steigern. Für Betriebsvermögen gilt der Normalfuß von 0,5 Proz. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde bei § 4 beschlossen, daß gesellschaftliche Betriebe- und Wirtschaftsvereinigungen, sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, steuerfrei sind. Damit ist die Steuerfreiheit der Gewerkschaften, wie sie früher bestanden hat, wieder hergestellt.

Eine längere Aussprache entspann sich um den § 25. Er will die Vermögenszuwachssteuer vorläufig außer Hebung setzen. Abg. Ströbel verlangt die Beibehaltung der Vermögenszuwachssteuer, die neben der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer durchaus berechtigt sei. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, dagegen der Antrag des Zentrums beschlossen, die Vermögenszuwachssteuer bis zum 30. Dezember 1928 außer Hebung zu setzen. Die Deutschnationalen stimmten gegen diesen Antrag.

Mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes vom Reichstag bisher noch nicht verabschiedet werden konnte, hat der Reichstag gegen den Willen der SPD. nochmals ein Initiativgesetz angenommen, nach dem die Erhebung der Vermögenssteuervorauszahlungsrate vom 15. Mai, die bereits durch ein Initiativgesetz bis zum 15. Juni hinausgeschoben war, nunmehr bis zum 15. August 1923 ausgesetzt wird. Die Vorauszahlung braucht also zurzeit nicht entrichtet zu werden. — Mit Sozial- und Verbrauchssteuern hat es Herr v. Schlieben bekanntlich eiliger!

Die Verhütung von Grubenkatastrophen.

Anträge im Preussischen Landtag.

Im Unterausschuß des Handelsausschusses des Preussischen Landtags sind eine Reihe von Anträgen zur Verhütung von Grubenkatastrophen gefaßt worden, deren Annahme im Plenum des Landtags gesichert ist. Diese Anträge sind teils von den Sozialdemokraten, teils vom Zentrum und den Demokraten eingebracht worden. Die Führung bei diesen Anträgen hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion. Wir geben in folgendem eine Zusammenstellung des wesentlichsten Inhalts dieser Anträge:

Grubentrolle: Einführung von Grubentrollen bei den Bergbetriebsämtern aus den Reihen der praktisch erprobten Häuer, das Vorschlagsrecht haben die Bergarbeiterorganisationen. Vermehrung der Zahl der Bergbetriebsinspektoren, die ausschließlich aus den Kreisen der bergmännisch gebildeten Grubenbeamten zu entnehmen sind, Vorschlagsrecht der Organisationen der technischen Grubenbeamten. Keine Einschränkung der Befugnisse der Betriebsvertreter bei der Unfallverhütung im Sinne des § 66 Ziffer 8 des Betriebsvertragsgesetzes, Neuorganisation der Bergbetriebsämter im Oberbergamt Dortmund unter dem Gesichtspunkt einer wirksamen sachgemäßen Kontrolle.

Gesteinstaub: Generelle Einführung des Gesteinstaubverfahrens in allen durch Schlagwetter oder Kohlenstaubexplosionen gefährdeten Gruben im Steinhohlenbergbau Preußens. Prämiensystem: Verbot der Gewährung von Reiterprämien. Schießarbeit: Verbot der Schießarbeit in der Kohle mit Schlagwetter- oder Kohlenstaubgefahr. Rettungsweisen: Bereitstellung von Mitteln für eine Studienkommission zur Untersuchung der Frage der Verwendbarkeit von Gasdrosselgeräten. Ausbildung der Bergarbeiter: Herausgabe einer Monatschrift des Grubensicherheitsamtes zur volkstümlichen Pflege aller Fragen der Grubensicherheit. Herausgabe eines gemeinverständlichen bergmännischen Handbuchs. Ferner: Erweiterung der Vorschriften über die Wetterwirtschaft, Erweiterung der Befugnisse der Grubensicherheitskommission.

sondere Rücksicht genommen werden. Sie befindet sich in Deutschland erst in den Anfängen der Entwicklung. Ihre Bedeutung darf man aber nicht unterschätzen und es wird sicherlich die Zeit kommen, in der man diese Arbeitsfürsorge in geeigneter Form wirksam zu unterhalten bestrebt sein wird.

Die Probleme, die die veränderte Altersgliederung in Deutschland darstellt, sind ebenso ernst wie zahlreich und man muß Dr. Goldmann für diese wichtige Vorschläge in seiner Arbeit, von denen freilich hier nur einige hervorgehoben und kritisch besprochen werden konnten, Dank sagen. Jedenfalls wird kein Sozialpolitiker oder Gesundheitsbeamter, kein führender Gewerkschaftler oder Krankenhausbeamter — gerade bei Plänen und Handlungen, die auf weite Sicht eingestellt sind — die sich aus der Frage der veränderten Altersgliederung des deutschen Volkes ergebenden Probleme künftig übersehen dürfen.

Koethe als „Stetigkeits“-Diktator der Berliner Universität. Uns wird geschrieben: Der derzeitige Rektor der Berliner Universität, der Theologe Dr. Holl, hat dem Bund „entschiedener Schulreformer“ das Auditorium Regium der Universität für seinen herbstlichen Lehrerbildungskongress, an dem 23 hochangesehene deutsche Männer und Frauen, darunter eine Reihe Universitätsprofessoren, Oberstudiendirektoren usw., als Vortragende teilnehmen werden, versagen „müssen“, „leider“, weil die Rücksicht auf das Ansehen des Amtes und die Stetigkeit der Grundzüge an der hiesigen Universität es mir nicht gestatten, von der Entscheidung meines Herrn Amtsvorgängers abzuweichen“. Herr Dr. Holl hat diese Entscheidung angesichts des wissenschaftlich völlig einwandfreien Tagungsprogramms mehrere Monate lang zurückgehalten, nachdem er auf das Januargespräch hin „noch nicht“ in der Lage war. Er hätte ganz offenbar — wie es sich gehört — den Hörsaal demüßigt, wenn nicht — Herr Dr. Koethe, der Jupiter tonans, Einspruch erhoben und Innehaltung seiner selbstgeschaffenen „Tradition“ verlangt hätte! Nachdem er selber keine „Rücksicht auf das Ansehen des Amtes und die Stetigkeit der Grundzüge“ genommen hatte! Denn sein Vorgänger im Rektorat, Herr Professor Dr. Heister, hatte lokal den Hörsaal dem „Bund entschiedener Schulreformer“, in dessen Programm damals keine Universitätsprofessoren standen, gewährt, und im Oktober 1923 erlebte die Universität eine glänzende Tagung. Herr Dr. Koethe aber desavouierte 1924 seinen Vorgänger und „schuf“ nun die „Stetigkeit der Grundzüge an der Berliner Universität“. Wehe dem Holl, der diese neuen „emigen“ „Grundzüge“ nicht innehalten wollte, mögen noch sozialwissenschaftliche Professoren auf dem Programm stehen! — Wer beherrscht die Hochschule? Cima Bede, der Jogen. „Minister für Wissenschaft“? Lorheit! Koethe! — Wer schafft „Recht“ und „Grundzüge“? „Deutsches Recht“? Altes Koethe! Koethe! Oder — ist vielleicht die Berliner Universität ganz vitalistisch? Hat nur „der Lebende Recht“? Professor Heister starb inzwischen. Da rief die „Stetigkeit“ ab! Und Koethe regiert nun die Stunde! Warte nur, balde!

Die Ausstellung der Novembergruppe in der Berliner Session. Kurstendamm 232, ist vermehrt worden durch Arbeiten belgischer Künstler und holländischer Kunstwerke.

Vor dem Ende des Linksblocks.

Die Mehrheit der Sozialisten für Opposition.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auch die Konferenz der sozialistischen Fraktion, zusammen mit dem Parteivorstand, hat ein Ergebnis noch nicht gebracht. Die Sitzung mußte nach Mitternacht, da die Rednerliste noch nicht erschöpft war, auf Donnerstag vertagt werden. In der Diskussion herrschte

Einmütigkeit darüber, daß die Politik des Ministeriums Painlevé nicht mehr die Politik des 11. Mai

sei, der die Sozialisten ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die meisten Redner forderten deshalb kategorisch und unzweideutig schärfste Opposition gegen das Ministerium. Parteisekretär Faure teilte mit, daß die meisten Organisationen sich gegen eine Fortsetzung der bisherigen Politik ausgesprochen haben; unter diesen Umständen müsse die Fraktion dem Ministerium Painlevé das Vertrauen kündigen. Als Vorkämpfer des rechten Flügels wandte Moutet dagegen ein, daß die Partei einen schweren taktischen Fehler begehen würde, wenn sie die Verantwortung für das Auseinanderfallen des Kartells allein übernehmen würde; sein Vorschlag, die übrigen Parteien des Kartells zu einer Vollversammlung einzuladen und in einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten das Terrain für eine Verständigung zu suchen, erregte bei der Mehrheit heftigen Widerspruch. Wenn auch definitive Beschlüsse der für Donnerstag abend einberufenen Konferenz vorbehalten worden sind, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die überwiegende Mehrheit der verantwortlichen Parteifunktionen für das Ende der Unterstützungspolitik entscheiden werden.

Painlevés Optimismus.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die gestrige Geheimführung der vier Kammerausschüsse, in der Painlevé über seine Reise nach Marokko berichtete, veröffentlicht nur Sauerwein im „Matin“ einige wohl offiziös beeinflusste Angaben. Danach habe Painlevé erkärt, der Widerstand Abd el Krims könne nicht mehr lange dauern. Im Norden seien die Kistabgelen eingeschlossen. Auch die Küste des Rifgebietes werde in kurzer Zeit vollständig blockiert sein. Vor der internationalen Zone von Tanger hielten die Spanier Wacht. Im Osten gegen Algerien sei Frankreich Herr der Verkehrslinien. Es sei somit möglich, Abd el Krim zur Uebergabe zu zwingen, ohne eine Offensive großen Stils zu eröffnen. Wenn die militärischen Dispositionen eingehalten und diese durch ein diplomatisches Abkommen (mit Spanien, Red. d. „B.“) verhängt würden, so bestehe keine Gefahr mehr, und man könne ruhig und ohne Befürchtung die Kapitulation Abd el Krims abwarten. Die Regierung sei fest entschlossen ihre Pflicht zu tun, solange sie das Vertrauen der beiden Kammern besitze, ohne Rücksicht auf die Haltung dieser oder jener Gruppe zu nehmen. Letzterer Satz dürfte sich wohl gegen die Sozialisten gerichtet haben.

Die neue belgische Regierung.

Sozialistisch-katholische Koalition.

Brüssel, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Generalkonvent der Sozialistischen Partei sich mit 40 gegen 26 Stimmen für das Kabinett Boulet ausgesprochen hat, hat dieses Ministerium die Geschäfte übernommen. Es besteht aus folgenden Ministern: Boulet (Kath.) Präsidium und Wirtschaft, Vandervelde (Soz.) Auswärtiges, Baron Rolin-Jacquemont (Liberal) Inneres, Huzmans (Soz.) Kunst und Unterricht, Ishoffen (Kath.) Justiz, Janssen (Kath.) Finanzen, General Restens Verteidigung, Anseele (Soz.) Verkehr, Van der Bogaert (Kath.) Landwirtschaft, Caboulle (Soz.) Öffentliche Arbeiten, Maulers (Soz.) Arbeit, Carton (Kath.) Kolonien.

Zunehmende Spannung in China.

Extreme Forderungen der Organisationen.

Shanghai, 18. Juni. (Reuters.) Der Peking Berichterstatter der halbamtlichen japanischen Nachrichtenagentur meldet, daß die Vertreter der führenden Organisationen Chinas gestern dem Kriegsminister folgende Forderungen vorgelegt haben: 1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien, 2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelsplätzen und Schutz der chinesischen Einwohner, 3. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Minister erwiderte, die beste Politik würde sein, wenn man sich auf friedliche patriotische Betätigung beschränke und abwarte, bis die Ausländer zur Besinnung kämen. Aber wenn es zum Schlimmsten komme, so würde die Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln.

Die Kanton-Regierung.

London, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der regierende Ausschuß in Kanton hat den Militärbefehlshabern verboten, von der ärmeren Bevölkerung Steuern oder Requisitionen einzutreiben. Man hat die Absicht, ausschließlich durch Besteuerung der Reichen die notwendigen Mittel aufzubringen. Die Kuo-Ming-Tang-Partei kämpft unter dem Schlagwort „China den Chinesen“; sie tritt in ihrer Mehrheit für energische soziale Reformen, vor allem für Verkürzung der jetzt 12 bis 16 Stunden betragenden Arbeitszeit und für Erhöhung der gegenwärtig jämmerlichen Löhne ein.

Feng-Yu-Zhang verstärkt sich.

London, 18. Juni. (W.B.) Nach Blättermeldungen aus Peking haben die Regimenter Fengyuhsiangs Verstärkung durch Studenten erhalten, die sich wegen der englandfeindlichen Gesinnung des Generals als Freiwillige unter seine Truppen einreihen ließen.

Der sozialistische Erdteil.

Ganz Australien hat Arbeiterregierungen.

In Adelaide (Südaustralien) lagte vor kurzem eine große Konferenz, deren Aufgabe es war, die Beziehungen zwischen den politischen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften auszubauen, um die Aufstellung eines einheitlichen und umfassenden Programms der Arbeiter für ganz Australien zu ermöglichen. Da nun, mit Ausnahme von Victoria, in allen australischen Staaten Arbeiterregierungen am Rube sind, wird der Augenblick für die Einleitung einheitlicher Maßnahmen zugunsten der Sozialisierung der Industrien als günstig betrachtet. Zu diesem Zweck soll zunächst eine große Einheitsorganisation der Arbeiter geschaffen werden. Folgendes sind die Hauptpunkte des Programms für die nächste Zukunft: 1. Ernennung eines Obersten Arbeiterrates; 2. Einberufung einer Panpazifistischen Konferenz (wohl eine Konferenz der Arbeiterparteien aus den Uferländern des Stillen Ozeans); 3. gesetzliche Einführung der 44-Stunden-Woche; 4. Abhaltung internationaler Konferenzen.

Die Arbeiterregierung von Neusüdwales.

Sydney (Neusüdwales), 17. Juni. (W.B.) Die neue Arbeiterregierung hat heute den Eid geleistet. Premierminister Lang, der einmal Straßenbahnfahrer gewesen ist, erklärte, daß die Regierung dem ganzen Volke dienen und den Bolschewismus bekämpfen werde.

Ein Protest der Betrogenen.

In Pankow, in Lindners Festalen, fand gestern eine große Versammlung gegen den Aufwertungsbeitrag der Deutschnationalen, die in denselben Räumen im Dezember v. J. ihren Wählern 100prozentige Aufwertung versprochen hatten. Genosse Keil, R. d. R., führte u. a. aus:

Die Rechtspreffe war zurzeit der Präsidentenwahl spaltenlang angefüllt mit Lobpreisungen über den Retter und Heilbringer, der an die Spitze des deutschen Volkes gestellt worden sollte. Seit dem 26. April haben wir aber nichts von einer Zubeschreibung bemerkt und dazu liegt auch wenig Veranlassung vor. Die Deutschnationalen als Führer der Rechtsparteien, die viel angekündigt haben, haben nichts gehalten. Nichts haben wir davon gesehen, daß die Schuldfrage, daß der Versailles Vertrag den Ententemächten zerrissen sei, die Füße gemorser wurde und nichts davon, daß die Dawesgehebe irgendwie abgemildert sind. Der außenpolitische Himmel hängt voll drohender Wolken. Das erste ernste Wort der Deutsch-80 000 Mark. (Proteststraße.) Die Lebenshaltungsfrage der großen Massen in Stadt und Land aber hat keine Besserung erfahren. Genosse Keil ging dann in längeren Ausführungen auf die Wurzeln der Inflation ein, die bereits in den Kriegsjahren liegen. Unsere Gegner behaupten, daß die Inflation durch die Unfähigkeit des demokratischen Systems herbeigeführt worden sei. Doch nur politische Kinder mögen diesen Lügen Glauben schenken. Von Anfang des Krieges an wurden von der kaiserlichen Regierung unter der Führung Helfferichs von 1915 an ständig falsche Stats vorgelegt.

Der Redner behandelte dann den dauernden Kampf der Sozialdemokratie gegen die Deutschnationalen und den bekannten Dr. Best-Standard. In dem Damesplan sind u. a. die Pfänder aufgeführt, die Deutschland zur Sicherheit stellen mußte, darunter die Zölle, so auf Branntwein, Zucker, Bier und Tabak. Es heißt darin, wenn im Jahre 1925 die Reicheinnahmen aus diesen Quellen unter 1 Milliarde zurückbleiben, ermächtigt sich die Leistung um ein Drittel des Winderbetrags. Sehen die Leistungen aber höher hinaus, so erhöhen sich diese um ein Drittel des Winderbetrags. Nun gestaltet die Regierung die erwähnten Steuern und Zölle, so daß für 1926 mit 1,7 Milliarden Einnahmen zu rechnen ist. Wir werden also 1926 ein Drittel von den 700 Millionen mehr zahlen als wir verpflichtet sind. 1927

Die Linden blühen.

Es ist ein holdseliges Wunder, wenn in den grauen Mauern der Großstadt die Linden blühen und sie ihren süßen Duft so verschwenden, daß er trotz Staub und Dunst sich durchsetzt. Nach dem Verblühen der narzissenduftenden Akazien eine kleine Weile — und die Linden blühen. Ist es der einschmeichelnde Duft, ist es das oft tausendjährige Alter der Linde, die trotzdem immer wieder ihre reichen Blüten bringt, kaum ein Baum erfreut sich bei uns einer solchen Liebe. Wenn auch der Großstädter nicht so wie der Dorfbewohner in dem Rauschen der alten Dorfwinde die Geschichte seiner vergangenen Geschlechter hört, das ewige Spiel vom Werden, Sichfinden von harter Arbeit und Bergehen und wieder Aufstehen in der jüngeren Generation, die unter der Dorfwinde tanzt und jubelt oder träumt, so ist dem Großstadtbewohner doch die Linde zu einem Baum reicher Güte geworden.

Die gequälten Lungen öffnen sich weit, wenn der honigläufige Duft durch die Straßen und Parks weht oder gar in einer ganzen Allee duftend Lindenbaum an Lindenbaum steht und aus grüner Dämmerung Süße und Sehnsucht verbreitet.

Es ist ein eigenartiger Zauber, der zu jeder Tageszeit die blühende Linde umschwebt. In den Gang zur Arbeit und wieder heimwärts duftet sie tröstlich und verheißend und schenkt sich dem müden Großstädter am Abend und in der Nacht so reich, daß auch in den leddurchsuchten und verhärmten Menschen plötzlich eine kleine Glückswelle hochsteigt.

gustav nagel tot!

gustav nagel soll in Arendsee gestorben sein. Soll, denn wer weiß, auf einmal kommt die Kunde, daß er wieder auf der Erde wandelt. Sei dem, wie es wolle, einige Zeilen können nichts schaden, denn er gehört zu den eigenartigen Persönlichkeiten, die es verstanden, ihr Leben nach ihrem Guldanken zu formen. In der Vorkriegszeit gehörte noch eine Portion mehr Mut dazu, „verrückt“ im landläufigen Sinne zu sein, das heißt, aus dem Rahmen zu fallen. Der „Kohlrabiapostel“ gustav nagel aber schierte sich nicht darum, sondern wandelte predigend, barhäuptig und barfüßig im wallenden Gewande durch die Lande. Das war nicht der wunderfällige Boden, der in der Nachkriegszeit Leute wie Häuser gebeden ließ, gustav nagel predigte damals gutgehörten und materialistischen Menschen seine Lehre des Vegetarieriums (Kohlfest) und der Liebe zu Jesus, als dessen Apostel er sich fühlte. Seine Predigten brachten ihm ein kleines Häuschen in Arendsee ein, das zur Zentrale seiner weltbeglückenden Ideen wurde. So führte er unter anderem den Kampf gegen die unphysische deutsche Rechtsreibung, der trotz maßloser Ueberreizung einen Teil innerer Berechtigung hatte. So wie in diesem Fall, so war wie bei allen Exzentrikern, sein Leben von einem bobrenden Fanatismus befeuert.

Es wäre falsch, ihn nur als komische Figur werten zu wollen. Die angestellten Prediger aller Lager können keinen nicht staatlich approbierten Apostel anerkennen und die Laien selber pflegen einen solchen laut zu nennen, wenn er nicht selber pflegt und hat. Doch was dem einen recht, sollte dem anderen billig sein. Zumindestens hat gustav nagel, der als schwer lungenkranker Kaufmannslehrling sich auf dem Felde von Arendsee von Kohlrüben und dergleichen nährte, mit seiner „naturgemäßen“ Lebensweise bewiesen, daß es wenigstens auch einmal anders herum gehen kann. Wer mit ihm persönlich gesprochen hat und mit ihm ein Stüdchen Weg wandelte, badete und Natur anbetete, konnte sich bei nur etwas Vorurteilslosigkeit dem Zauber seiner Persönlichkeit schwer entziehen.

Sollte sich das bewahrheiten, daß gustav nagel tot ist, so wäre es schade, denn es muß auch solche Räuze geben, sonst wäre die Menschheit vor lauter Normalisierung mehr als fabrikmäßig. Hoffen wir, daß der hier unten nicht gewählte „Reichstagskandidat“ gustav nagel als Entscheidung im himmlischen Paradies einstimmig als Himmelsrat, Abteilung Obst und Gemüse, gewählt wird.

Freibad Flakensee.

Im Flakensee bei Woltersdorfer Schanze sind in jedem Jahre zahlreiche mibbadende Personen ertrunken, in diesem Jahre schon vier. Die Forstverwaltung und die Strompolizei haben daher den Besitzer des geschlossenen Wilhelmabades die Konzession erteilt, anschließend an die bisherige Badaanstalt ein einzugsäumtes, unter ständiger Aufsicht gestelltes Freibad einzurichten. Der geringe Eintrittspreis soll nur die Unkosten decken.

Kuo-Min-Tang und die China-Wirren.

Es ist ganz seltsam. Du gehst am frühen Abend durch die großen eleganten Straßen, biegt in eine stille Seitenstraße ein, steigt 2 Treppen hoch, klingelst und trittst in eine dir fremde Welt ein. Allen in Europa! Die deutsche Sektion der chinesischen Kuo-Min-Tang hatte kürzlich Gefinnungsfreunde und Presse zu einem Vortrags- und Informationsabend eingeladen, der den chinesischen Wirren, ihren Ursachen und Wirkungen galt. Der erste Teil des Programms beschäftigte sich mit

fol dieser Betrag noch um ein Vielfaches hinausgehen. Die Leidtragenden und Dummen sind dann wiederum die verarmten Arbeiter und Lohnempfänger. Unser Standpunkt ist der, alle Inflationsergebnisse reiflich in Anspruch zu nehmen zugunsten des Volkes und der enteigneten Gläubiger und Sparrer. Volksgenossen, die in der Zeit bitterster Not reiche Gewinne gehäuft haben, haben kein Recht, reicher als die Verelendeten aus der bitteren Zeit hervorzugehen. Die Deutschnationalen haben jetzt ihr wahres Gesicht gezeigt. Statt der 100prozentigen Aufwertung bieten sie einen Wechselkurs, der grundsätzlich an 15 Proz. festhält und nur unter gewissen Bestimmungen 10 Proz. Zusatz gewährt soll. Die Folge davon war, daß aus den Kreisen der Gläubiger und Sparrer Tausende von Protesten laut wurden. Die Regierungsparteien wurden dadurch veranlaßt zu beraten, wie man die Stimmung beruhigen könne, und es kam das Kompromiß zustande, das für Hypotheken 25 Proz., für Industrieobligationen (Neubefiz) 15 Proz., dagegen für den Mißbesitz nur einen Zusatz in Form von Genußschein gewährt wollte. Das für den Mißbesitz nach der Ausschüttung einer sechszehnjährigen Dividende nichts übrig bleibt, dürfte ausgemachte Sache sein. Direktorengehälter, Lantien und der aller Beschreibung spottende Luxus dürfte ein Hebriges dazu tun. Wenn man sich in Deutschland umsieht und die Besitzenden beobachtet, kann man sich nicht davon überzeugen, daß sie nicht in der Lage sind zu zahlen. (Zurufe: Raubrittertum!)

Zum Schluß sagte der Referent: Leider sind wir jetzt in der Minderheit, denn hätten uns seinerzeit die Verelendeten mehr Beachtung geschenkt, stünde es anders heute um uns. Diese Betrogenen müssen endlich erkennen, wer für sie eintritt, und die Proletarier der Inflation müssen sich einlegen für die Ideen des Sozialismus. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus! So steht es an der Spitze der Weimarer Verfassung. Sorgen wir jetzt dafür, daß der demokratische Staat auch ein sozialer wird, in dem es jedem einzelnen wohlgehen soll.

Lauter Beifall dankte den Ausführungen des Genossen Keil. In der Diskussion schloß sich Genosse Scharfisch an und sprach in den Worten des Vordredners an und stellte mit Genugtuung fest, daß von den vielen im Saal anwesenden Bürgerlichen auch nicht ein Widerspruch laut wurde. Ein donnerndes dreimaliges Hoch auf die SPD. schloß diese machtvolle Kundgebung.

der Einstellung der deutschen Presse zu dem Schanghaier Zustand, der zweite der Erörterung der Ursachen des Kampfes zwischen den „Yünno- und Kuo-Min-Tang-Truppen in Kanton. Daß sich die Kuo-Min-Tang mit aller Schärfe gegen die Yünnanesen wandten, scheint selbstverständlich. In der Aussprache wurden heftige Stimmen der Erbitterung über das struppellose und brutale Vorgehen des Entente-Imperialismus in China laut. Allerdings: Wenn man glaubte, eine objektive Analyse des gewaltigen chinesischen Gärungsprozesses zu erhalten, so wurde man enttäuscht. Es war das Besessenen von leidenschaftlich in der Bewegung Stehenden; es war ein Blick in das Herz des kämpfenden China.

Ein feines Geschäft.

Die Stadt Berlin läßt sich ein Gut verkaufen.

Uns wird geschrieben:

„Der Prinz Friedrich Leopold ist Besitzer des Ritterguts Düppel-Dreilinden in der Nähe von Klein-Machnow. Dieses Rittergut, 368 Hektar groß, davon 190 Hektar Land, die andere Fläche Wald, ist mit einem Betrage von 8 777 000 M. seinerzeit zum Wehrbeitrag veranlagt worden. Prinz Leopold, der sich meist im Ausland aufhält, befindet sich nun in Geldnöten. Um sie zu beheben, trat er mit dem Grundstücksmakler H. wegen Verkaufs des genannten Ritterguts in Unterhandlungen. H. hat für das Rittergut etwa 5 Millionen M. Der Prinz fragte nun seinen Vermögensverwalter und dieser riet ihm, das Gut der Stadt Berlin zum Kauf anzubieten. Es kam zu Unterhandlungen und die Stadt Berlin war bereit, einen Kaufpreis von 6 Millionen M. für das Gut zu zahlen. Inzwischen aber hatte H. von den Verhandlungen mit der Stadt Berlin erfahren, er begab sich zu der Leopoldischen Verwaltung und erklärte: „Ihr dürft auf keinen Fall das Gut der Stadt Berlin verkaufen, denn dort werden in der Stadtverordnetenversammlung die Sozialdemokraten ein großes Geschrei darüber erheben, daß die Hohenzollern sich hier wieder einmal auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Im übrigen habt ihr ja den Verkauf an die Stadt Berlin gar nicht nötig. Ich zahle die Hälfte Summe, die die Stadt Berlin auch bietet.“ Die Verwaltung ließ sich einschüchtern und verkaufte das Gut Düppel-Dreilinden für 6 Millionen M. an H. Und nun geschah das Wertwürdige. H., welcher der prinzipialen Verwaltung den Rat gegeben hatte, das Gut nicht an die Stadt Berlin zu verkaufen, bot nach Kaufabschluss sofort das Gut, natürlich zu einem höheren Preise als er selbst es gekauft hatte, der Stadt Berlin an, aber nicht etwa das gesamte Areal, sondern nur einen Teil davon. Den andern Teil will er für Parzellierungszwecke zurückbehalten. Allerdings soll der Vertrag mit der Stadt Berlin so abgeschlossen werden, daß er nicht der Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung bedarf. Eine kritische Prüfung dieses Kaufes fürchten wohl alle Beteiligten. Aber der Kaufabschluss hat noch eine Schwierigkeit. Das Gut ist fideicommissarisch, d. h. es darf überhaupt nicht verkauft werden, sondern muß ungeteilt an den nächsten Erben des jeweiligen Besitzers übergehen. Nun macht die preussische Zwangsauflösungsordnung vom 19. November 1920 die Auflösung von Fideicommissen möglich. Die Prüfung der Auflösungsanträge steht dem Auflösungsamt, das beim Kammergericht Berlin eingerichtet ist, zu. Dieses Auflösungsamt wird natürlich die Genehmigung nur dann erteilen, wenn die Auflösung im öffentlichen Interesse liegt. Sicherlich liegt ein öffentliches Interesse nicht vor, wenn ein Fideicommiss an einen Grundstückspekulant verkauft wird. Um das zu vermeiden, soll der Verkauf an H. dem Auflösungsamt verheimlicht werden und die Stadt Berlin soll als Käufer gegenüber dem Auflösungsamt auftreten. Und noch eins. Die erste Rate des Kaufpreises wird am 2. Juli fällig. Bis dahin soll auch die Auflösung an die Stadt Berlin erfolgen. Dann wird die Stadt Berlin zahlen und dann ist auch H. in der Lage, seinen Verpflichtungen gegenüber der prinzipialen Verwaltung nachzukommen. Das Ganze kann unter dem Motto gehen: Wie sich Grundstückspekulanten auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.“

Soweit die Zuschrift. Die Öffentlichkeit hat das größte Interesse an einer Aufklärung dieser mehr als seltsamen Angelegenheit. Was ist daran wahr?

Ein Schülerelbstmord. Heute früh gegen zwei Uhr erschloß sich in der Nähe des Floraplatzes im Tiergarten der Schüler Erich Bode, aus der Weissenburger Str. 26, aus unbekannter Ursache.

Beim Boxtraining gestorben. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde der Kaufmann Bruno Goldstern aus der Schönhauser Allee 112, als er in der Turnhalle der in derselben Straße gelegenen 174. Gemeindeschule am Punschball trainierte, vom Herzschlag getroffen und verstarb bald darauf.

Die Opfer der amerikanischen Eisenbahnkatastrophe.

New York, 18. Juni. (W.B., durch Funkpruch.) Die Zahl der Toten bei der Eisenbahnkatastrophe in der Nähe von Hadefston beträgt jetzt 42, und es wird befürchtet, daß von den Schwerverletzten noch 12 kaum mit dem Leben davonkommen werden. Nach Untersuchungen über die Ursache des Unglücks sind eingeleitet worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung in der Holzindustrie.

Es dämmert im Unternachtlager.

Der Arbeitgeberverband für die deutsche Holzindustrie gibt in der Presse bekannt, daß „in allen Bezirken die Aussperrung durchgeführt ist“, und zwar hätten höchstens einige Landtischlereien mit wenigen Arbeitern noch nicht ausgesperrt. Demgegenüber gibt der Holzarbeiterverband folgende genaue Ziffern über den Umfang der Aussperrung bis zum 16. Juni bekannt:

Württemberg 4200, Baden 1650, Sachsen 10 000, Thüringen 2850, Hamburg 2400, Schleswig-Holstein 800, Bayern 2900, Brandenburg 1100, Schlesien 3000, Kassel 400, insgesamt 29 300. Es sind also insgesamt rund 29 000 Holzarbeiter im Kampf, wobei aber auch etwa 6000 mit eingerechnet sind, die schon lange vor der „Generalaussperrung“ im Kampf standen.

Die erklärt sich nun die Differenz zwischen den Angaben des Arbeitgeberverbandes und denen des Holzarbeiterverbandes? Angesichts der Bestimmtheit, mit der der Arbeitgeberverband öffentlich immer wieder versichert, daß die Aussperrung vollkommen sei, wird man annehmen müssen, daß diese Behauptung tatsächlich stimmt, nämlich für sein Organisationsgebiet. Geflügelt hat er nur, als er anfangs eine Ziffer von 100 000 nannte.

Er hatte wahrscheinlich gehofft, daß auch die anderen Arbeitgeberverbände sich seiner Aktion anschließen würden. Nachdem diese Spekulation fehlgeschlagen ist, muß er nun wohl oder übel die geringe Bedeutung seiner Organisation zugeben. Die Unternehmer, die im Vertrauen auf die umfassende Größe des Arbeitgeberverbandes der Aussperrungsparole in der Meinung Folge geleistet haben, es handle sich um eine „Generalaussperrung“, fangen auch allmählich schon an, zu begreifen, daß sie die Genasführten sind.

Arbeits- und Lohnvertrag für die Modelltischlerei.

Köln, 18. Juni. (Mit.) Der Verband der Modellfabrikanten Deutschlands, der in diesen Tagen seine diesjährige Tagung im Gürzenich abhielt, sprach sich in einem Antrag dahin aus, in Zukunft einen eigenen Arbeits- und Lohnvertrag zu erstreben und die Eintragung in den Tarif der Holzarbeiter abzulehnen. Diese Fabrikanten wollen offenbar von der Scharmacherei des Arbeitgeberverbandes nichts wissen.

Solidaritätskundgebung der Berliner Holzarbeiter.

Erhebung von Extrabeiträgen.

Am Mittwochabend tagte in „Erbes Festhölzer“ (früher Altiens) in der Hofenheide eine allgemeine Funktionärkonferenz der Berliner Holzarbeiter, einberufen von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Das Referat „Stellungnahme zur Aussperrung in der deutschen Holzindustrie“ hielt Bevollmächtigter Boese. Er schilderte noch einmal eingehend die Vorgeschichte dieses von den deutschen Holzindustriellen frödel vom Zaune gebrochenen Kampfes, der darauf hinzielt, den Deutschen Holzarbeiterverband zu zerlegen und die von ihm bisher erreichten Lohn- und Arbeitsbedingungen erheblich zu verschlechtern. Dieser in seinen Auswirkungen und seiner Dauer noch nicht abzuschende Kampf ist nicht so von ungefähr hereingebrochen, sondern vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie von langer Hand vorbereitet. Darüber täuschen auch nicht die vom 4. bis 6. Juni gepflogenen Verhandlungen zwischen den beiden Verbänden, die man heute nach Lage der Dinge als bloßes Komödientpiel bezeichnen kann. Die Unternehmervertreter wollten eben keine Verständigung, sie schienen eine solche beinahe zu fürchten. Sie hätten sonst nicht die Verhandlungen so plötzlich abbrechen können, als diese nach dem Austausch der Forderungen eigentlich erst richtig beginnen sollten. Den Unterhändlern war von Anfang an ihre Marschroute vorgeschrieben mit dem Ziel: Aussperrung auf jeden Fall! Daß hinter dem scharfmacherischen Treiben der Holzindustriellen noch Kräfte anderer Industriegruppen stehen, darf wohl kaum noch bezweifelt werden. Wenn auch für die Berliner Holzarbeiter die Aussperrung vorläufig nicht in Frage kommt, so müssen sie doch jederzeit gerüstet stehen. Vorerst gilt es, den kämpfenden im Lande die vollste Sympathie in ideeller sowie finanzieller Hinsicht zu gewähren. Die Verwaltung hat daher von der kommenden Lohnwoche ab die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen, um den kämpfenden im ausreichendem Maße die Mittel zuzuführen, die sie zur steigerung Beendigung ihres vielleicht langen und jähen Kampfes benötigen. Trotzdem einige Funktionäre über die einzuführende Kampfaktivistischer Auffassung waren, zeigte die Versammlung einen einmütigen Kampfes- und Solidaritätswillen, den sie zum Schluß in der folgenden Resolution zum Ausdruck brachte:

„Die am 17. Juni 1925 in „Erbes Festhölzer“ tagende allgemeine Funktionärkonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltung Berlin, steht dem brutalen Angriff der Holzindustriellen gerüstet gegenüber. Sie ist überzeugt, daß diese vom Zaune gebrochene Aktion an der eisernen Kraft unseres Verbandes zerschellen muß. Den am Kampfe beteiligten Kollegen sprechen die Versammelten die warmste Sympathie aus und verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß die vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeiträge von jedem Mitglied gezahlt werden.“

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter 1924.

Zu Beginn des Jahres 1924 wirtten die Nachwehen der Inflationszeit, des schwarzen Jahres 1923, recht unangenehm auf den Mitgliederstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ein. Von Monat zu Monat senkte sich die Kurve der Mitgliederzahlen. Am 1. Januar 1924 zählte er 219 645 Mitglieder. Das erste Vierteljahr (Stand vom 1. April 1924) schloß mit 196 310 Mitgliedern ab. Die Senkung des Mitgliederstandes betrug im ersten Vierteljahr 23 155 Mitglieder — 10,5 Proz. Auch im zweiten Vierteljahr war eine erheblich sinkende Tendenz im Mitgliederstande zu verzeichnen. Am 1. Juli 1924 betrug der Verlust gegenüber dem Stand vom 1. April 7857 Mitglieder — 4 Proz. Am 1. September 1924 war mit 183 329 Mitgliedern der niedrigste Mitgliederstand des Geschäftsjahres. Gegen Anfang des Jahres war das eine Senkung von 36 136 — 16,5 Proz.

Die Mitgliederkurve zeigt dann eine ganz schwache aufwärts steigende Richtung, eine Zunahme von 925 Mitgliedern. Die schweren wirtschaftlichen Stürme, als auch das rückständige Anrennen des kapitalistischen Unternehmertums gegen die gewerkschaftlichen Organisationen blieb auch auf dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband nicht ohne Wirkung.

Die Befragungsprobe ist überstanden, seine Kraft ist ungeboren. Das zeigen uns die geführten Lohnbewegungen. Insgesamt beträgt die Zahl der Lohnbewegungen 484 in 1437 Orten, 7327 Betrieben mit zusammen 327 094 Beschäftigten. Von diesen 484 Bewegungen fallen 480 auf direkte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und 4 Bewegungen auf Abwehr von Verschlechterungen. An den 451 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, geführt ohne Arbeitseinstellung, waren beteiligt 297 112 Beschäftigte. An den 29 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführten Streiks waren insgesamt in 342 Betrieben und 55 Orten 14 205 Beschäftigte beteiligt. Bei den 29 Angriffsstreiks stellten 11 559 die Arbeit ein; ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam erhielten die Forderungen bewilligt 4247.

Die Umrechnung der Milliarden-Stundenlöhne in Renten-Goldpfennige zeigt gegenüber der Vorkriegszeit eine starke Senkung der Löhne. Es galt als vornehmste Aufgabe des Verbandes, eine tatsächliche, den Warenpreisen entsprechende Höhe der Lebenshaltung herbeizuführen. Trotz der ausgesprochenen Hungerlöhne war das gesamte kapitalistische Unternehmertum in getreulicher Gefolgschaft mit den Reichs-, Kommunal- und Staatsverwaltungen befreundet, die Löhne tiefer zu senken und die Arbeitszeit heraufzusetzen. Der Geschlossenheit des Verbandes und dem geschickten Vorgehen des Vorstandes ist es zu danken, daß die Gemeinde- und Staatsarbeiter recht bemerkenswerte Erfolge erzielen konnten.

Die erreichten Lohnerhöhungen betragen 1924 pro Mitglied und Woche 3,95 M. gegen 1,25 M. im Jahre 1914. Die gewaltig gestiegene Schlotkraft des Verbandes geht auch daraus hervor, daß 1914 für nur 13 073 Personen Lohnerhöhungen erzielt wurden, 1924 dagegen konnten Lohnerhöhungen für 311 317 Personen erreicht werden, die im Jahre einen Mehrbetrag von 63 876 593,04 M. ausmachten.

Ist der Reichsmanteltarif auch noch in vielen Punkten lückenhaft und verbesserungsbedürftig, so schafft er doch die Grundlage für einen weiteren Ausbau. Der in einigen Wochen in Stuttgart tagende Verbandstag wird sich mit der Lotterie des Verbandes beschäftigen und die Richtlinien für die kommenden Kämpfe festlegen. Organisatorisch und finanziell steht der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband heute mit an der Spitze der deutschen Gewerkschaften. Sein Aufgabensfeld ist größer geworden. An den Mitgliedern liegt es, durch aktive Mitarbeit an den Aufgaben des Verbandes die Organisation zu weiteren Erfolgen zu führen.

Lohnbewegung in der Solinger Stahlwarenindustrie.

Solingen, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaften der Solinger Stahlwarenindustrie haben unter Hinweis auf die Teuerungsverhältnisse das bestehende Lohnabkommen bis zum 30. Juni gesündigt. Gleichzeitig haben sie dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß sie eine Erhöhung der Löhne um 20 Proz. beantragen und die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen beseitigt wissen wollen.

Die Streiklage in der belgischen Hüttenindustrie.

Brüssel, 18. Juni. (T.) Der Streik in der Hüttenindustrie im Bezirk Charleroi beschränkt sich gegenwärtig nur auf diesen Bezirk. Eine Versammlung des Zentralkomitees der Metallarbeiter des ganzen Landes wird am Sonntag stattfinden. Man nimmt an, daß dann ein Generalstreik für die ganze Industrie proklamiert werden wird. Die Arbeiter erheben Anspruch auf das Recht zur Einsichtnahme in die Bücher der Werke. Im Bassin von Charleroi befinden sich zurzeit 15 000 Arbeiter im Streik. Von den 24 Hochöfen, die Anfang Juni im Bezirk von Ainaul und Brabant arbeiteten, sind bis heute 20 ausgeblasen worden.

Das Ergebnis der Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau liegt bis auf zwei Schachtanlagen, deren Endziffern wesentlich nichts mehr ändern können, vor. Es erhielten: Der alte Bergarbeiterverband 88 812 (9 Mandate), Christlicher Gewerkschaftsverein 56 950 (6 Mandate), Kommunisten 50 511 (5 Mandate), Polnische Berufsvereinigung 5946 (0 Mandate), Hirsch-Dunder 6563 (0 Mandate). Bei den letzten Arbeitskammerwahlen im Jahre 1921 waren die Stimmen und die Mandate wie folgt verteilt: Alter Bergarbeiterverband 100 924 (12 Mandate), Christlicher Gewerkschaftsverein 49 452 (6 Mandate), Polen 20 438 (2 Mandate), Christliche Berufsstände 7105 (0 Mandate), Hirsch-Dunder 5521 (0 Mandate). Der Rückgang der kommunikativen Stimmen gegenüber den Betriebsräte wahlen im März d. J. ist ganz ungewöhnlich groß.

Wirtschaft

Sie lernt doch zu . . .

... die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nämlich, das Organ der Schwerindustrie. Ende April noch unternahm sie gemeinsam mit der gesamten Unternehmerpresse einen Feldzug gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften mit der Begründung, daß der Lohnkampf der Gewerkschaften über die Steigerung der Preise, also von der Geldseite her, unausweichlich zu einer Gefahr für die Stabilität der Währung führen müsse. Sie schrieb:

Auch heute sprechen wir wieder von einer Teuerung, wenn wir feststellen, daß die Kaufkraft der Reichsmark nicht mehr so groß ist, wie vor Jahresfrist. Dabei wird übersehen, daß die Grenze zwischen der echten, bei stabiler Währung von der Warenseite (Produktions- und Absatzseite) kommenden Teuerung und der Teuerung infolge „Entwertung“ des Geldes, also der nicht von der Produktionsseite, sondern von der Geldseite kommenden Teuerung außerordentlich flüchtig ist. Man glaubt noch in echter Teuerung zu sein und befindet sich schon mitten in der Inflation.

Von der Geldseite, d. h. also von der Seite des Zahlungsmittelumsatzes und der damit verbundenen Preisbildung ist die Stabilität unserer Währung heute ernststen Gefahren ausgesetzt.

Wir freuen uns, heute feststellen zu können, nachdem der demagogische Angriff der Unternehmer in der Öffentlichkeit erkannt und glatt abgelehnt worden ist, daß die „Bergwerkszeitung“ sich diese Belehrung zu Herzen genommen hat. Am 16. Juni schreibt sie nämlich, nachdem sie der Leugnung des Reichsbankdirektoriums vor dem Verband sächsischer Industrieller, es bestehe kein Zusammenhang zwischen der jüngsten Hebung des Preisniveaus und der Währung, zugestimmt hat:

Wir glauben schon deshalb nicht an eine neue Inflation, weil das ganze Volk in allen seinen Schichten gelernt hat, sich in seinen Lebens-, Kauf- und Zahlungsgewohnheiten auf die Geldentwertung einzustellen. Damit verliert die unsolide Geldschöpfung, die Benützung der Notenpresse, ihren Sinn als Mittel zur Bestreitung der Staatsausgaben. Die Reichsbank vermag ferner den Außenwert des deutschen Geldes mit ihrem Vorrat an Gold und Devisen noch auf lange Zeit hinaus zu behaupten.

Dieser Umschwung der Meinung innerhalb 6 Wochen ging erfreulicherweise schnell vor sich. Würde die deutsche Öffentlichkeit darauf hoffen können, daß die Schwerindustrie für ihre Wirtschafts- und Zollpolitik ebenso schnell und gründlich umlernen würde, so wäre Deutschland mit einem Schloge große Sorgen um die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft los.

Der badische Industrie- und Handelsstag gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. Der badische Industrie- und Handelsstag hat in seiner Präsidialkonferenz am 13. Juni in Badenweiler zur Frage der Tabaksteuer eine Entschliebung gefaßt, in der gesagt wird, daß eine Erhöhung der Tabaksteuer bei der überaus trostlosen Lage, in der sich das badische Tabakgewerbe befindet, das Tabakgewerbe empfindlich zu schädigen und zum Teil den Bestand in Frage zu stellen drohe. Schon bisher mußten verschiedene Unternehmungen Betriebsbeschränkungen vornehmen, Feuerschichten einlegen und Arbeiter entlassen. Infolge des damit verbundenen Rückgangs an sonstigen direkten und indirekten Steuern und der zwangsläufig eintretenden Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung habe eine weitere Anspannung der Tabaksteuer daher wirtschaftliche Schädigungen und gesamtgesellschaftliche Nachteile im Geolge, die besser vermieden werden sollten. Der badische Industrie- und Handelsstag sprach sich mit Rücksicht auf diese Verhältnisse mit allem Nachdruck gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer aus.

12 Proz. Dividende im Großhelfenhandel. Diese verhältnismäßig hohe Dividende kann die mit Wolf, Retter und Jacobi und der Metallgesellschaft Frankfurt a. M. eng verbundene Großhelfenhandelsfirma Kawael-Grünfeld W.G. Charlottenburg den Aktionären für ihr 5 Millionen-Kapital ausschütten. Wie weit die relativ hohen Beteiligungen am Reingewinn (818 000 M.) beteiligt sind, läßt sich nicht ersehen. Außer der 12prozentigen Dividende ermöglicht der Reingewinn noch eine Reservenstellung von 100 000 M. Der Großhelfenhandel scheint also unter den Schwierigkeiten der oberhalbischen Eisenindustrie, für die auch die Kawael- und Grünfeld-W.G. tätig ist, nicht zu leiden.

Maschinenfabrik Budau u. G., Magdeburg, 10 Proz. Dividende. Die Verbindung mit der Braunkohlen- und der Chemischen Industrie durch die Spezialitäten ihrer Fabrikation gibt der Budauer Maschinenfabrik in der Maschinenindustrie eine bevorzugte Stellung. Die günstige Lage der Braunkohlen- und chemischen Industrie hat reichliche Beschäftigung und genügende Gewinne gebracht. Allerdings scheint auch die vorjährige Kapitalumstellung (6 Millionen gegen 11 Millionen 1913) den günstigen Abschluß gefördert zu haben. Die Abschreibung mit rund 15 Proz. auf Maschinen und 5 Proz. auf Gebäude sind reichlich zu nennen.

Verantwortlich für Politik: Walter Schell; Wirtschaft: Arthur Caleranz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schifano; Lokal und Sonstige: Fritz Karst; Anzeigen: H. Hilde; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1.

Billige Preise

Braune u. schwarze Herren-Halbschuhe 9⁹⁰
echt Rindbox
Herren-Halbschuhe mit grossem Absatz 12⁹⁰
braun 13.80, schwarz, Rand weiß gedoppelt

Arbeitsstiefel 5⁹⁰
künstl. Spallleder, ohne Vorderkappe
Echt Rindbox 6⁹⁰
GROSS DETAIL

Braune u. schwarze Herrenstiefel moderne Formen, besonderer Schnitt 10.80, 12.80, 14.80, 9⁹⁰

5000 Paar Weiß-Leinen-Damen-Schnür- und Spangen-Schuhe 1⁹⁵
mod. Formen, gutes Material, gute Ledersohlen 2.90 3.90 4.90

5000 Paar Affenhautschuhe Wildleder, Initial, grau, braun und schwarz, gute Ledersohlen, moderne Formen Serie I 4.90 Serie II

1000 Paar Moderne Spangen- u. Schnürschuhe braun Box calf, R. Chevreau usw. Lack-Schnür, Pumpen und schwarze Chromlederschuhe 6⁹⁰

Sandalen, Turmschuhe, Kinderstiefel u. Spangenschuhe in großer Auswahl besonders billig
Reiseschuhe entzückende Farben, für Damen 1.90, für Kinder 1¹⁵

Dam.-Haus- u. Spangenschuhe Leder oder Stoff 2⁹⁵



Mod. Spangenschuhe
braun od. schwarz
echt Louis XV.
Absatz, gut Fabrikat
und Material,
sehr feuch 9⁸⁰

Braune oder schwarze Damenhalbschuhe tolle Spangen und Pumpen 6⁹⁰
echt Box calf, echt Chevreau und R. Chevreau, mod. Form. 1.90
Damen-Schnür- und Spangenschuhe 5⁹⁰
moderne Formen
Echte Damen-Lack-, Schnür- und 2-Spangenschuhe 9⁹⁰
moderne Formen
Mod. Lack- u. braune Box calf-Fächerspangen sowie mod. 1-Spang. n. farb. Komb., echt Louis VII.-Abs., sehr feuch u. mod. 12.90, 11⁹⁰

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 // Kolbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54